

21.10.2011

Ermittlungen zu Neonazi-Überfall in Teufelstal eingestellt

Der Überfall auf Demonstranten an der Raststätte Teufelstal an der Autobahn 4 bei Jena vor gut zweieinhalb Jahren bleibt wahrscheinlich juristisch folgenlos. Die Ermittlungen gegen vier Verdächtige seien eingestellt worden, sagte der Geraer Staatsanwalt Jens Wörmann am Freitag.

Erfurt/Gera. Wörmann bestätigte damit einen Bericht des MDR. Die Beschuldigten aus Schweden hätten die Vorwürfe geleugnet und sich gegenseitig Alibis gegeben. Die Aussagen eines ebenfalls beschuldigten Belastungszeugen seien zudem widersprüchlich gewesen.

Die Gewerkschafter aus Hessen waren auf der Rückreise von einer Demonstration gegen einen Aufmarsch von Rechtsextremisten in Dresden im Februar 2009 an der Raststätte bei Jena angegriffen worden. Bei der Attacke wurden fünf Menschen verletzt, einer davon schwer.

21.10.11 / dapd

(<http://www.tlz.de/startseite/detail/-/specific/Ermittlungen-zu-Neonazi-Ueberfall-in-Teufelstal-eingestellt-2033070285>)

22.10.2011

Bundestag diskutiert Handy-Affäre

ÜBERWACHUNG

Nach dem Dresdner Datenskandal will die Opposition die Funkzellenabfrage erschweren

DRESDEN *taz* | Nach kurzer Debatte hat der Bundestag am Freitag einen Gesetzentwurf der Grünen zur "rechtsstaatlichen und bürgerrechtskonformen Ausgestaltung der Funkzellenabfrage als Ermittlungsmaßnahme" in die Ausschüsse verwiesen. Der Entwurf zielt auf eine Neufassung der Strafprozessordnung und bietet so eine Alternative zur ähnlich intendierten Bundesratsinitiative Sachsens.

Wie die *taz* aufgedeckt hatte, hat die sächsische Polizei im Februar bei Anti-Nazi-Protesten in Dresden mehr als eine Million Mobilfunkverbindungsdaten erfasst. Die Grünen im Bundestag wollen künftig den Anlass stärker einschränken, der eine Erfassung von Handy-Verbindungen rechtfertigt. Die Taten müssen auch im Einzelfall von erheblicher Bedeutung sein. Die richterliche Verhältnismäßigkeitsprüfung wird schärfer und konkreter gefasst. Eine jährliche Berichtspflicht über die Zahl solcher Maßnahmen und die Betroffenheit Unbeteiligter geht über den sächsischen Bundesratsentwurf hinaus.

In der Debatte nannte SPD-Politiker Sebastian Edathy die geltende Fassung der Strafprozessordnung "missbrauchsanfällig" mit Blick auf die massenhafte Datenerfassung in Dresden.

Grünen-Rechtspolitiker Jerzy Montag hatte vorab eingeschätzt, dass der sächsische Entwurf im Bundesrat wahrscheinlich keine Mehrheit bekommen werde. Die CDU-FDP-Koalition in Sachsen versäume es auch, sich um Partner und Mehrheiten zu bemühen. Montag vermutet deshalb in dem von Justizminister Jürgen Martens (FDP) eingebrachten Entwurf eine "Schaufensteraktion". **MIBA**

<http://www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=in&dig=2011%2F10%2F22%2Fa0160&cHash=58ef9979e4>

Von Hendrik Lasch, Dresden

Demokratiepreise im Doppelpack

Sachsens Regierung steigt aus gemeinsamer Ehrung für Engagement gegen Rechtsextremismus aus

Seit fünf Jahren wird in Sachsen ein Preis verliehen, der Engagement gegen Rechts ehrt. Doch die Staatsregierung verlangte dafür ab 2010 erst ein Zwangsbekanntnis zum Grundgesetz - nun zeichnet sie ihr genehme Initiativen allein aus.

Albrecht Goetze ist ein sehr engagierter Mann. Sein Vorhaben, in Zgorzelec an jener Stelle eine internationale Begegnungsstätte zu schaffen, an der einst ein NS-Häftlingslager stand, in dem der Komponist Olivier Messiaen inhaftiert war, kann jede Unterstützung brauchen. Dass der Meetingpoint Messiaen zu den ersten beiden Trägern eines »Sächsischen Bürgerpreises« gehört, der mit 5000 Euro dotiert ist und diese Woche vergeben wurde, ist Goetze zu gönnen. Es wird freilich nichts daran ändern, dass dem Preis ein fader Beigeschmack anhaftet - denn er ist Ergebnis einer Spaltung.

Vereine verweigern sich

Bis 2010 vergaben Sachsens Regierung und Institutionen wie die Amadeu-Antonio-Stiftung gemeinsam den Sächsischen Förderpreis für Demokratie. Seit 2007 wurden damit Initiativen ausgezeichnet, die sich der Stärkung der Zivilgesellschaft und dem Kampf gegen Rechtsextremismus widmen. Er stellte quasi die offizielle Anerkennung einer Arbeit dar, die angesichts flächendeckender NPD-Präsenz im Land- und den Kreistagen dringend notwendig ist. Allerdings gerät, wer sich in Sachsen gegen Rechtsextremismus engagiert, schnell in Verdacht, linksextrem zu sein. Damit derlei Gruppen nicht in den Genuss staatlicher Förderung kommen, ersann die Staatsregierung 2010 ein verpflichtendes Bekenntnis zum Grundgesetz: Preisgeld sollte nur erhalten, wer eine »Demokratieerklärung« unterschreibt. Das Papier, inzwischen als »Extremismusklausel« bekannt, wird seither stets abverlangt, bevor Geld aus staatlichen Fördertöpfen gewährt wird. Viele Vereine lehnen dies indes strikt ab.

Erster »Verweigerer« war mit dem Verein Akubiz Pirna der designierte Hauptpreisträger beim Demokratiepreis 2010. Bei der Preisverleihung in der Frauenkirche kam es zum Eklat, danach zur Spaltung: Sachsens Staatsregierung stieg aus dem Demokratiepreis aus und rief ihre eigene Ehrung ins Leben. In deren Geschäftsordnung ist vom Eintreten gegen Rechtsextremismus keine Rede. Zudem können Vorschläge nur von Landräten und Oberbürgermeistern der kreisfreien Städte unterbreitet werden - in Sachsen neben zwei SPD- vor allem elf CDU-Politiker, was garantiert, dass die Regierung mit unliebsamen Überraschungen nicht rechnen muss.

»Der goldene Tillich«

Nach der Vergabe merkte die Initiative »Sachsens Demokratie« zudem an, dass selbst zur Ehrung nur geladene Gäste Zutritt hatten. Sie schloss sich dem Sarkasmus einer Zeitung an, die den Preis als »Der goldene Tillich« bezeichnet hatte.

Derweil wird der Demokratie-Förderpreis weiter verliehen, am 9. November zum fünften Mal. Bewerben könne man sich »ohne Einschränkungen und Bedingungen«, betont Annetta Kahane von der Amadeu-Antonio-Stiftung. Aus 67 Initiativen wurden zehn für eine Auszeichnung nominiert. Den Bürgerpreis halten die Initiatoren für »äußerst scheinheilig«, sagt Rupert von Plottnitz von der Sebastian-Cobler-Stiftung. Unter Verweis auf die Extremismusklausel und die Affäre um Handydaten kritisiert er, die Regierung habe sich zuletzt »vor allem durch die Schwächung der Zivilgesellschaft hervorgetan«.

(<http://www.neues-deutschland.de/artikel/209500.demokratiepreise-im-doppelpack.html>)